

PRESSEMITTEILUNG

Bremen, 04.04.2019

Internet

<http://www.verwaltungsgericht.bremen.de>

Verwaltungsgericht Bremen: Hohe Belastung hält an 2018 - ein Jahr der Veränderungsprozesse

Die extrem hohen Eingangszahlen der Jahre 2016 und 2017 haben sich auf die Arbeitsbelastung im Berichtsjahr 2018 und die Personalstruktur des Verwaltungsgerichts ausgewirkt. Der Anteil der Richterinnen und Richter in der Probezeit liegt bei über 40%. Auch in den Geschäftsstellen gibt es viele neue Mitarbeiterinnen, die zuvor in Rechtsanwaltskanzleien tätig gewesen sind oder gerade aus ihrer Ausbildung zur Justizfachangestellten kommen. Die hohe Geschäftsbelastung und die vielen personellen Veränderungen haben es mit sich gebracht, dass die tägliche Einarbeitung junger Kolleginnen und Kollegen zum Normalfall und die personelle Kontinuität in den Kammern des Gerichts zur Ausnahme geworden sind. „Es ist dem Engagement aller erfahrenen Kolleginnen und Kollegen zu verdanken, dass auch im letzten Jahr sowohl im richterlichen Bereich als auch in den Geschäftsstellen eine schnelle und gute Einarbeitung stattgefunden hat und gleichzeitig ein überaus hohes Arbeitspensum erledigt worden ist“, so der Präsident des Verwaltungsgerichts, Prof. Peter Sperlich anlässlich der Veröffentlichung des Geschäftsberichts für 2018. Gleichzeitig lobte er die vielen jungen Kolleginnen und Kollegen. „Sie wurden gleich mitten hineingeworfen in die gerichtliche Bewältigung der Flüchtlingskrise und damit in Verfahrensbelastungen, die außergewöhnlich hoch sind und die allen – aber gerade natürlich den Berufsanfängern – viel abverlangen.“

Weitere Veränderungen ergeben sich aus der Stellung des Verwaltungsgerichts Bremen als bundesweites Pilotgericht für die Einführung der elektronischen Akte. Bereits seit Oktober 2018 arbeitet eine Kammer bereits im Probetrieb. Schulungen, Umstellungen, Einarbeiten und die üblichen Anfangsschwierigkeiten waren eine Herausforderung.

Verantwortlich:

Verena Korrell · Am Wall 198 · 28195 Bremen · T: 0421-361 10212 · F: 0421-361 6797 · e-mail: verena.korrell@verwaltungsgericht.bremen.de

Dr. Nina Koch · Am Wall 198 · 28195 Bremen · T: 0421-361 4869 · F: 0421-361 6797 · e-mail: nina.koch@verwaltungsgericht.bremen.de

Auch vor dem Hintergrund dieser Veränderungsprozesse hat der Rückgang der Eingangszahlen in 2018 im Vergleich zum Vorjahr nicht im erhofften Maße zum Abbau der immer noch sehr hohen Bestände geführt.

Eingangszahlen:

Im Berichtsjahr sind beim Verwaltungsgericht Bremen insgesamt 2.910 Verfahren eingegangen. Damit werden die außergewöhnlich hohen Verfahrenseingänge der beiden Vorjahre (3.699 und 3.772 Verfahren) deutlich unterschritten. Sie liegen aber immer noch auf einem sehr hohen Niveau. Der Grund für die wieder sinkenden Eingangszahlen liegt in dem – bundesweit zu beobachtenden – Rückgang der Asylverfahren. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 965 Asylverfahren anhängig gemacht (im Vorjahr waren es 1.816 Verfahren). Durch den zahlenmäßigen Rückgang der Asylverfahren stellen diese - anders als noch in den vergangenen beiden Jahren - nur noch rund ein Drittel aller Neueingänge des Jahres 2018 dar; damit nähert sich dieser Wert bei einer Gesamtbetrachtung aller Verfahrenseingänge bei Gericht wieder dem Asylanteil an, der im Jahr 2015 zu verzeichnen war. Bei den allgemeinen Verfahren bleiben die Eingänge etwa auf dem hohen Niveau des Vorjahres. Insgesamt sind hier 1.945 Verfahren eingegangen (Vorjahr: 1.956).

Erledigte und unerledigte Verfahren:

Trotz der hohen Erledigungszahl, die im Berichtsjahr 2018 mit 2.967 Erledigungen fast an das Rekordergebnis des Vorjahres anknüpfen kann (2017: 3.104 Verfahrenserledigungen), sind die Bestände, d.h. die Anzahl unerledigter Verfahren, nur leicht zurückgegangen. Im Bereich der allgemeinen Verfahren bewegt sich die Zahl der unerledigten Verfahren mit 1.093 ungefähr auf dem Vorjahresniveau (2017: 1.051 Verfahren). Bei den Asylverfahren konnte der Bestand an unerledigten Verfahren geringfügig abgebaut werden. Am Ende des Jahres 2018 waren noch 1.334 Asylverfahren anhängig.

„Angesichts der Entwicklung der Eingangszahlen im Asylbereich in den Jahren 2016 und 2017 war der Aufbau von Beständen absehbar und nicht zu vermeiden. Der derzeitige Verfahrensbestand ist – wie auch an anderen Verwaltungsgerichten in der Bundesrepublik Deutschland – außergewöhnlich hoch, so dass der Abbau eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen wird. Neben einer angemessenen personellen Ausstattung des Gerichts hängt die Möglichkeit des Bestandsabbaus maßgeblich davon ab, wie sich die Eingangszahlen in den nächsten Jahren entwickeln. Dies ist zumindest auf längere Sicht kaum vorhersehbar“, betont Präsident Sperlich. Auch sei zu erwarten, dass die Verfahrenslaufzeiten angesichts der hohen Zahl und komplexen Inhalte der Verfahren weiter ansteigen werden. Die Laufzeiten im Berichtsjahr waren mit durchschnittlich 10,5 Monaten in Klageverfahren bereits etwas angestiegen (Vorjahr 2017 8,6 Monate).

Alle weiteren Einzelheiten zur Geschäftsentwicklung sowie zu den maßgeblichen Entscheidungen des Gerichts im vergangenen Jahr können dem anliegenden Geschäftsbericht entnommen werden.